

A1NEU Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten

Antragsteller*in: Ralph Saxe

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt die neue
2 kommunale Initiative für stadtverträglichen Verkehr durch die von Agora
3 Verkehrswende mit Erstunterzeichner*innen von sieben Städten und Unterstützung
4 des Deutschen Städtetages initiierte Erklärung für lebenswerte Städte durch
5 angemessene Geschwindigkeit. Sie fordert die Fraktionen der Bürgerschaft und
6 Stadtverordnetenfraktion sowie die Grünen Mitglieder des Senats und des
7 Magistrats auf, sich für den Beitritt der beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven
8 einzusetzen.

9 Erklärung:

- 10 1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem
11 Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
- 12 2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen
13 als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen
14 Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
- 15 3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu
16 schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom
17 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit
18 innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
- 19 4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das
20 wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft
21 untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur
22 Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um
23 ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Unterstützer*innen

Rafael Schyska (KV Bremen-Nordost); Marten Urban (KV Bremen-Nordost); Philipp Bruck; Gudrun Eickelberg ; Florian Pfeffer; Kai-Lena Wargalla; Christopher Hupe ; Kristina Kötterheinrich; Jan Saffe; Henrike Müller

A2 SOLIDARITÄT MIT LSBTIAQ* IN UNGARN, POLEN UND GANZ EUROPA!

Gremium: LAG Queer

Beschlussdatum: 07.07.2021

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Viele polnische Gemeinden, Landkreise oder Provinzen deklarieren seit März 2019
2 ihr Gebiet als "LGBT-freie Zone" oder auch "LGBT-ideologiefreie Zone". Den
3 Anfang machte die Stadt Świdnik in Südostpolen, nachdem die rechtskonservative
4 Wochenzeitung Gazeta Polska eine entsprechende Kampagne begonnen hatte. Diese
5 Deklaration hat keine rechtliche Wirkung, sondern dient der ideologischen
6 Polarisierung, Abgrenzung und Ausgrenzung: Nachdem die Migration für die
7 regierende PiS-Partei als Feindbild an Wirkung verliert, wird die sogenannte
8 "LGBT-Ideologie" zum gefährlichen Gegner aufgebaut. Damit soll vor allem das
9 konservativ-katholische Milieu mobilisiert werden, mit verheerenden
10 gesellschaftlichen Folgen für queere Personen.

11 Eine solche Politik wird vermehrt auch in anderen europäischen Ländern, wie
12 Ungarn, Slowenien und Tschechien, verfolgt: LSBTIAQ* wird zum Feindbild
13 aufgebaut.

14 In Ungarn wurde vor kurzem ein Gesetz - nach russischem Vorbild - zur
15 Einschränkung von Informationen über Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit
16 verabschiedet.

17 Einige der zentralen Punkte des Anti- LSBTIAQ*-Gesetzes im Überblick:

- 18 • Verbot des Zugangs zu Informationen, wenn dort „Änderungen des Geschlechts
19 oder Homosexualität vorkommen, popularisiert oder dargestellt werden“.
- 20 • Die Vermittlung von Inhalten zur „Popularisierung“ von Homosexualität oder
21 trans* Identitäten in der Schule ist verboten.
- 22 • Bestimmten NGOs ist es ganz verwehrt, Kurse zu sexueller Aufklärung oder
23 Drogenprävention an Schulen zu halten.

24 In einem offenen Brief kritisierten Amnesty International und weitere NGOs, dass
25 das neue Gesetz „den wissenschaftlichen Dialog und die Aufklärungsarbeit über
26 Homo- und Transsexualität“ unmöglich machen werde. Die Regierung würde mit
27 diesem Gesetz, „LSBTIAQ*-Jugendliche im Stich lassen“, die proportional häufiger
28 Mobbing und Diskriminierung erleben, statt diese Jugendlichen zu schützen, wie
29 es die Verfassung vorschreibe.

30 Die Zusammenführung von Homosexualität und Repräsentation von trans* Personen
31 mit dem Vorwurf der Pädophilie reiht sich in die Ideologie, mit der die Fidesz-
32 Partei und ihr kleinerer Koalitionspartner KDNP (Christlich-demokratische
33 Volkspartei) seit Jahren die Rechte von sexuellen und geschlechtlichen
34 Minderheiten einschränken, ein.

35 Vor gut einem Jahr schon beschloss die Fidesz-KDNP-Mehrheit im Parlament ein
36 Gesetz, das es unmöglich macht, das Geschlecht, das bei der Geburt

37 standesamtlich eingetragen wurde, später in offiziellen Dokumenten und
38 Zeugnissen an die Geschlechtsidentität anzupassen.

39 Mit Slowenien übernimmt Janez Janša - ein "Möchtegern-Trump", der wenig von
40 LSBTIAQ*-Gleichbehandlung hält - den Vorsitz im Europäischen Rat. Seit Jahren
41 kämpft Janša auch gegen LSBTIAQ*-Rechte. So setzte er sich 2015 dafür ein, dass
42 das Ehe-Verbot für Schwule und Lesben wieder eingeführt wird – nachdem ein
43 entsprechender Volksentscheid für die Eheöffnung Erfolg hatte. Der damalige
44 Oppositionspolitiker Janša gehörte zu den lautstärksten Gegnern der Eheöffnung
45 und behauptete: "Es ist nicht möglich, eine Zukunft für Slowenien mit
46 gleichgeschlechtlichen Paaren aufzubauen."

47 Der tschechische Präsident Miloš Zeman bezeichnete in einem Fernseh-Interview
48 trans* Personen als "ekelhaft" und kritisierte den für Anfang August geplanten
49 CSD in Prag scharf. "Wenn man sich einer geschlechtsverändernden [sic!]
50 Operation unterzieht, begeht man im Grunde ein Verbrechen der Selbstverletzung",
51 so Zeman. Außerdem sprach sich der Politiker für "Hetero-Prides" aus: "Wenn ich
52 etwas jünger wäre, würde ich eine große Demonstration von Heterosexuellen in
53 Prag organisieren. Es gibt Millionen von uns." Der 76-Jährige zeigte auch
54 Verständnis für das queerfeindliche "Homo-Propaganda"-Gesetz in Ungarn. Zeman
55 erklärte, andere Länder sollten sich nicht in die inneren Angelegenheiten
56 Ungarns einmischen.

57 Aber auch in Deutschland gibt es solche Kräfte, wie die AfD, die "Demo für Alle"
58 oder TERFs (Trans-Exclusionary Radical Feminism dt. „trans-ausschließender
59 radikaler Feminismus“). Diese Kräfte werden immer stärker, der Rollback macht
60 sich bemerkbar. Queerfeindliche Straftaten nehmen zu. Insgesamt wurden im Jahr
61 2020 782 Straftaten von Hasskriminalität gegen LSBTIAQ* registriert, darunter
62 154 Gewalttaten (144 Körperverletzungen). Das ist ein Anstieg von 36% gegenüber
63 2019. Mindestens drei schwulenfeindlich motivierte Morde sind nicht in die
64 Statistik eingegangen. Die Dunkelziffer ist riesig.

65 Wir Grüne kämpfen für eine Gesellschaft, in der Lesben, Schwule, Bisexuelle,
66 trans- und intergeschlechtliche und queere Menschen die gleichen Rechte, die
67 gleichen Freiheiten und die gleiche Anerkennung haben. Wir fordern wirkliche
68 rechtliche Gleichstellung und Respekt für gleichgeschlechtliche und queere
69 Familien mit Kindern ("Regenbogenfamilien") und wollen menschenwürdige
70 Rahmenbedingungen und Selbstbestimmung für trans- und intergeschlechtliche
71 Menschen. Wir treiben Antidiskriminierungspolitik voran, kämpfen für einen
72 bundesweiten Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit und zeigen
73 Regenbogenflagge - sei es in Kiew, Sarajevo, Warschau, Budapest, Prag oder
74 Istanbul, und auch bei uns in Deutschland und Bremen.

75 In Bremen haben wir seit 2015 einen Landesaktionsplan gegen Queerfeindlichkeit
76 und die Bremische Bürgerschaft hat in dieser Legislatur einen bundesweit
77 einzigartigen Queerpolitischen Beirat gegründet, um diesen effektiver
78 umzusetzen. Außerdem gibt es Parlamentsbeschlüsse um OPs an
79 intergeschlechtlichen Kindern und andere medizinische Zwangsmaßnahmen wirksam zu
80 beenden, sowie Entschädigungen zu ermöglichen. Schwule und trans* Personen
81 sollen bei der Blutspende nicht mehr diskriminiert werden und Anfang diesen
82 Jahres wurde ein innenpolitischer Maßnahmenkatalog gegen Hasskriminalität und
83 Gewalt gegen queere Menschen auf den Weg gebracht.

84 Viele dieser und weiterer queerpolitischer Maßnahmen betreffen jedoch die
85 Bundesgesetzgebung und müssen auf Bundesebene geregelt werden. Auch hier sind
86 die Grünen treibende Kraft: Im Bundestag hat die Grüne Fraktion mehrere
87 Gesetzesvorlagen zu Regenbogenfamilien und einem modernen Abstammungsrecht, zu
88 diskriminierungsfreien Blutspenden, zum Entschädigungsfonds für inter- und
89 transgeschlechtliche Menschen und zu einem umfangreichen
90 Selbstbestimmungsgesetz, welches das alte zutiefst diskriminierende
91 "Transsexuellengesetz" ablösen sollte, vorgestellt.

92 Das Europaparlament hat die Europäische Union zu einer „LGBTIQ Freedom Zone“,
93 also einem Freiheitsraum für queere Menschen, erklärt. Mit dem eindeutigen
94 Abstimmungsergebnis stellt das Parlament sich hinter queere Menschen und deren
95 Rechte. Sie grenzt sich damit auch von den diskriminierenden Gesetzen und
96 Entscheidungen einzelner Mitgliedsstaaten ab und setzt ein deutliches Zeichen.

97 Wir haben auf Landes-, Bundes-, und Europäischer Ebene, gezeigt, dass queere
98 Politik nur mit starken Grünen möglich ist. Ohne uns wird eine rückwärtsgewandte
99 queerfeindliche Politik gemacht. Für die Rechte queerer Menschen ist ein
100 Politikwechsel auf Bundesebene notwendig.

101 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

102 a) auf Europaebene

103 Queere Rechte sind Menschenrechte. Wir fordern das Europäische Parlament auf,
104 sich uneingeschränkt für die Durchsetzung der Menschenrechte insbesondere in
105 Bezug auf LSBTIAQ* einzusetzen. Aufgrund der jüngst verabschiedeten
106 queerfeindlichen Gesetze in Ungarn und Polen, sind diese Länder besonders in den
107 Blick zu nehmen und angemessene Maßnahmen durchzusetzen.

108 Die fünfte EU-Antidiskriminierungsrichtlinie muss endlich vom EU-Rat
109 verabschiedet werden: Die EU-Kommission schlägt bereits seit 2008 diese
110 Antidiskriminierungsrichtlinie vor: LSBTIAQ* werden in vielen europäischen
111 Ländern weiterhin Rechte vorenthalten, die sie in Deutschland durch das
112 Allgemeine Gleichstellungsgesetz bereits haben. Trotzdem verhindert vor allem
113 Deutschland seit Jahren eine Verabschiedung. Deutschland muss im Ministerrat die
114 fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie unterstützen.

115 An dieser Stelle möchten wir hervorheben, dass wir die Bemühung des Landes
116 Bremen im Bundesrat zur Verabschiedung der fünften EU-
117 Antidiskriminierungsrichtlinie in der Vergangenheit begrüßen und hoffen, dass
118 das Thema weiterhin durch die Bremer Landesregierung verfolgt wird.

119 b) auf Bundesebene

120 Deutschland muss seinen Widerstand im EU-Ministerrat gegen die fünfte EU-
121 Antidiskriminierungsrichtlinie endlich aufgeben. LSBTIAQ* muss bei zukünftigen
122 binationalen Treffen als Thema auf der Agenda stehen. Dabei sollte Deutschland
123 als Vorbild vorangehen und in der eigenen Gesetzgebung die Diskriminierung von
124 queeren Personen abschaffen. Das muss mit einer Reform des Abstammungsrechts und
125 des "Transsexuellengesetzes" (TSG) einhergehen.

126 Die Bundesregierung und der Bundestag sollen die Ausrufung von LSBTIAQ*-freien
127 Zonen als Verstoß gegen die EU-Grundrechtecharta benennen und dagegen
128 protestieren! In den betroffenen Ländern dürfen LSBTIAQ*-feindliche Initiativen

129 und Projekte nicht unterstützt werden. Stattdessen müssen neue Förderprogramme
130 geschaffen und bestehende Programme mit Fokus auf LSBTIAQ* für Aktivist*innen
131 und Organisationen, deren Arbeit in ihrem Heimatland bedroht ist, erhalten und
132 geschützt werden – nach der Strategie „Countering shrinking spaces for LGBTIAQ*
133 Organisations“, also finanzielle Unterstützung von queeren Vereinen und
134 Initiativen.

135 Deutschland soll außerdem länderübergreifende Kulturarbeit und Veranstaltungen
136 sowie Förderungen zum Thema Akzeptanz von LSBTIAQ* (Austausch, Empowerment,
137 Antidiskriminierung) zusammen mit Organisationen wie z.B. dem Goethe-Institut
138 und Parteistiftungen fördern.

139 c) auf Landesebene

140 Bremen und Bremerhaven müssen ihre Städtepartnerschaften, insbesondere zu Gdańsk
141 und Szczecin nutzen, um genau die Initiativen und Projekte zu unterstützen, die
142 sich für ein vielfältiges und friedliches Miteinander in Polen einsetzen.

143 Bei zukünftigen Treffen sollen die Rechte von LSBTIAQ* Personen ein Thema sein.
144 So können sich die offiziellen Delegationen mit queeren Personen und Initiativen
145 in betroffenen Ländern austauschen. Mit polnischen Delegationen können LSBTIAQ*
146 Organisationen in Bremen und Bremerhaven besucht werden und die Entwicklung der
147 Rechte von LSBTIAQ* in Deutschland in das Austauschprogramm einfließen.

148 Die gemeinsame Teilnahme von Bürgermeister*innen und parlamentarischen
149 Abgeordneten aus Bremen, Deutschland und Polen an Pride Demonstrationen (CSD)
150 sind ebenso wirkungsvoll und ein deutliches Signal für die Akzeptanz und
151 Gleichberechtigung von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten. Interviews mit
152 Medienschaffenden können diese Signale begleiten und dazu beitragen, dass sie
153 über die Grenzen der jeweiligen Städte hinaus sichtbar werden. Darüberhinaus
154 sollen sich Bremen und Bremerhaven in verschiedenen Netzwerken (wie z.B.
155 Eurocities, wo auch Budapest und Warschau vertreten sind) für die Akzeptanz und
156 Gleichberechtigung von LGBTIAQ* Personen einsetzen.

157 Europa ist queer. Europa ist bunt. Europa ist mitreißend. Europa ist ein Ort wo
158 jeder Mensch gleichberechtigt und unabhängig von Geschlecht, Sexualität,
159 Hautfarbe, Alter, Aussehen, Herkunft, Behinderung, Lebensform oder Religion frei
160 und sicher leben können soll. Dafür stehen wir Grüne!

A3NEU Altersgrenzen bei Wahlen abschaffen!

Gremium: GRÜNE JUGEND Bremen
Beschlussdatum: 04.07.2021
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Wir GRÜNEN fordern in unserem Bundestagswahlprogramm das aktive Wahlrecht für
2 Europa- und Bundestagswahlen auf 16 abzusenken und eine weitere Absenkung zu
3 prüfen. Das wäre ein erster, lange überfälliger Schritt.

4 In Bremen sind wir zum Glück schon weiter. Die Bürger*innenschaftswahl in Bremen
5 2011 war die erste Landtagswahl bei der 16-Jährige wählen durften. Bereits bei
6 der Bürger*innenschaftswahl in Bremen 2019 haben wir uns für die Absenkung des
7 Wahlalters auf 14 Jahre eingesetzt. Im Koalitionsvertrag des Rot-Grün-Roten
8 Senats ist ein entsprechender Prüfauftrag enthalten. Diese Prüfung muss umgehend
9 erfolgen.

10 Das kann uns jedoch nicht zufriedenstellen. Politische Entscheidungen betreffen
11 insbesondere jüngere Menschen. Sie müssen am längsten mit den Entscheidungen
12 leben. Egal ob es um den Klimawandel, Bildungspolitik oder die Corona-Maßnahmen
13 geht. Über die Zukunft von Kindern und Jugendlichen wird tagtäglich verhandelt,
14 ohne dass sie auch nur ein Wort mitreden können – unabhängig davon, welche
15 Meinungen sie vertreten. Das ist nicht weiter hinnehmbar und widerspricht dem
16 Demokratieprinzip. Nicht die Befürworter*innen einer Absenkung des Wahlalters
17 müssen sich rechtfertigen, sondern dessen Gegner*innen.

18 Denn wählen ist das grundlegendste Recht in einer Demokratie. Deshalb fordern
19 wir:

20 Die sofortige Absenkung des aktiven Wahlrechts für Europa-, Bundestags-,
21 Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 Jahre.

22 Studien, zum Beispiel zu den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen, belegen,
23 dass es keine signifikanten Unterschiede bei 16- und 17-Jährigen im Vergleich zu
24 18- bis 24-Jährigen bei Interesse, Selbstwirksamkeit und Wissen in Bezug auf
25 Politik gibt. Auch für die ebenfalls in der Studie enthaltenen 15-Jährigen gibt
26 es keine signifikanten Unterschiede. Warum also 16, geschweige denn 18 eine
27 geeignete Altersgrenze sein soll, ist nicht ersichtlich.

28 Vielmehr beginnt bereits mit 14 Jahren die Strafmündigkeit. Jugendlichen wird
29 also bereits zugetraut, Verantwortung für eigenes Handeln zu übernehmen. Sie
30 können nach Gesetzen verurteilt und bestraft werden, über die sie nicht
31 mitentscheiden konnten. Das kann nicht sein.

32 Weiterhin muss bedacht werden, dass das bisherige Mindestalter im
33 Bundestagswahlrecht zu einem Durchschnittsalter bei der ersten Wahl von 20
34 Jahren führt, da die Wahlperiode vier Jahre beträgt. Bei Landtags- und
35 Kommunalwahlen sind die Wahlperioden sogar (bis auf wenige Ausnahmen) fünf Jahre
36 lang.

37 Bereits jetzt sind erhebliche Unterschiede bei der Wahlbeteiligung nach
38 Bildungsabschlüssen festzustellen. Dies wird durch das hohe Wahlalter
39 begünstigt. Die Politisierung hängt dabei vor allem von den persönlichen

40 Kapazitäten der Menschen ab, diese können durch Arbeit und Ausbildung, Studieren
41 in Regelstudienzeit, Nebenjobs um das BAföG aufzustocken und ähnliche
42 Bedingungen eingeschränkt werden. Selbst bei einer Absenkung auf 16 Jahre würde
43 die erste Möglichkeit an einer Wahl teilzunehmen frühestens in die Zeit der
44 gymnasialen Oberstufe fallen. Um Menschen, die kein Abitur machen zu erreichen,
45 reicht die Absenkung auf 16 Jahre nicht aus.

46 Erst bei einem Wahlalter 14 wäre sichergestellt, dass der größte Teil der
47 Jugendlichen die erste Wahl während der Schulzeit und damit unabhängig vom
48 sozialen Umfeld erlebt. Durch guten und umfangreichen Politikunterricht ab der
49 5. Klasse kann allen Kindern und Jugendlichen die Bedeutung des Wählens und
50 Möglichkeiten weiterer Beteiligung am demokratischen Prozess vermittelt werden.
51 Unabhängig von politischen Einstellungen wird Wählen zur Gewohnheit.

52 So geben wir Kindern und Jugendlichen nicht nur das bedeutendste Recht der
53 Demokratie, sondern können auch einer Spaltung der Gesellschaft in Wähler*innen
54 und Nichtwähler*innen entlang sozialer Unterschiede langfristig entgegenwirken.

55 Doch jede Altersgrenze ist willkürlich! Deshalb fordern wir:

56 Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren müssen auf Antrag in das
57 Wähler*innenverzeichnis aufgenommen werden können.

58 Die unter 18-Jährigen sind die einzige Gruppe, die vom Wahlrecht ausgeschlossen
59 ist. Oft wird dies damit begründet, sie seien noch nicht dazu in der Lage, eine
60 Wahlentscheidung zu treffen. Dabei sind über 18-Jährige unabhängig davon
61 wahlberechtigt, ob sie individuell objektiv dazu in der Lage sind eine
62 Wahlentscheidung zu treffen oder überhaupt physisch in der Lage sind an der Wahl
63 teilzunehmen.

64 Das Argument ist daher nicht nur vollkommen verfehlt, es ist überdies
65 unzweifelhaft, dass nicht nur einzelne, sondern große Teile der unter 18-
66 Jährigen und auch unter 14-Jährigen individuell dazu in der Lage sind eine
67 Wahlentscheidung zu treffen und an der Wahl teilzunehmen. Individuell ist der
68 Ausschluss somit nicht zu rechtfertigen.

69 Sie von der Wahl auszuschließen, nur weil sie einer Gruppe angehören, in der
70 sich vermeintlich besonders viele Personen befinden, die nicht dazu in der Lage
71 seien, an der Wahl teilzunehmen, ist ebenfalls nicht zu rechtfertigen. Das zeigt
72 der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von vor wenigen Jahren, das den
73 Ausschluss von Menschen in Vollbetreuung explizit für verfassungswidrig erklärt
74 hat.

75 In der Konsequenz müssen die Altersgrenzen beim passiven Wahlrecht komplett
76 abgeschafft werden. Um die Umsetzung zu vereinfachen, schlagen wir ein
77 Eintragungswahlrecht für alle Kinder und Jugendlichen unter 14 Jahren vor. Wenn
78 sie wählen wollen, müssen sie sich auf Antrag beim Wahlamt in das
79 Wähler*innenverzeichnis eintragen lassen können.

80 Das aktive Wahlrecht ist nur die eine Hälfte. Deshalb fordern wir:

81 Als Ersatz für das passive Wahlrecht muss jedes Parlament einen Jugendbeirat
82 bekommen!

83 Wir erkennen an, dass es erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen würde, wenn
84 unter 18-Jährige auch passiv wahlberechtigt wären, da Bundestagsabgeordnete zum

85 Beispiel auch Arbeitgeber*innen sind. Als Ersatz für das passive Wahlrecht
86 schlagen wir deshalb Jugendbeiräte vor. Diese sollen parallel zu den Parlamenten
87 und kommunalen Volksvertretungen gewählt werden. Aktiv und passiv wahlberechtigt
88 sind alle nicht bei allgemeinen Wahlen passiv wahlberechtigten Kinder und
89 Jugendliche.

90 Die Jugendbeiräte sollen bei allen Entscheidungen beratend teilhaben dürfen.
91 Dafür muss den Jugendbeiräten Zugang zu allen Informationen gewährt werden.
92 Diese Jugendbeiräte können jedoch niemals als Ersatz für die Abschaffung der
93 Altersgrenzen beim aktiven Wahlrecht dienen.

Begründung

Die im Antrag angesprochene Studie und den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts findet ihr hier:

[Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters \(otto-brenner-stiftung.de\)](#)

[Bundesverfassungsgericht - Entscheidungen - Wahlrechtsausschlüsse für Betreute in allen Angelegenheiten und wegen Schuldunfähigkeit untergebrachte Straftäter verfassungswidrig](#)

A4NEU5 Ticketlos, autofrei, feministisch – Verkehrswende jetzt!

Gremium: GRÜNE JUGEND Bremen
Beschlussdatum: 04.07.2021
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Die Klimakrise schreitet immer schneller voran. Einen großen Anteil am
2 klimaschädlichen CO₂-Ausstoß bildet der Verkehrssektor, allein 2018 machte der
3 Verkehrssektor 19 % des gesamten CO₂-Ausstoßes von Deutschland aus, Tendenz
4 steigend. Deshalb müssen wir in den nächsten Jahren einen radikalen Wandel im
5 Verkehr schaffen, um das 1,5-Grad-Ziel von Paris noch einhalten zu können.

6 Neben dem Klimaschutzaspekt ist auch der soziale Bereich zu beachten. Gibt es
7 kaum noch Autos in der Stadt, ist die Barrierefreiheit für Kinderwägen,
8 Rollstühle, Rettungs- und Feuerwehrfahrzeuge wesentlich besser gewährleistet.
9 Außerdem können sich die Menschen wesentlich sicherer zu Fuß oder auf dem Rad in
10 der Stadt bewegen. Auch gleicher Zugang zu Mobilität für alle Menschen ist mit
11 einem gut ausgebauten und ticketlosen öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV)
12 gegeben.

13 Eine konsequente Verkehrswende ist also nicht nur klimagerecht, sondern auch
14 sozial gerecht. Dabei darf nicht der Aspekt des unterschiedlichen
15 Mobilitätsverhaltens zwischen den Geschlechtern vernachlässigt werden.

16 **ÖPNV ausbauen!**

17 Das bisherige Angebot des ÖPNV in Bremen und Bremerhaven reicht an vielen
18 Stellen nicht einmal aus, den heutigen Bedarf zu decken. Durch die unvermeidbare
19 Verkehrswende wird der Bedarf weiter steigen. Deshalb braucht es einen massiven
20 Ausbau des ÖPNV.

21 Die bisherigen Planungen reichen bei weitem nicht aus und dauern viel zu lange.
22 Bremen kann die Verkehrswende jedoch nicht allein schaffen. Wir fordern eine
23 Investitionsoffensive des Bundes, die schnellere Planung und Umsetzung
24 ermöglicht. Wir fordern, dass Bremen sich auf Bundesebene dafür einsetzt, die
25 Schuldenbremse so umzugestalten, dass sie Investitionen in klimafreundliche
26 Infrastruktur auch auf kommunaler und Länderebene ermöglicht. Denn
27 vernachlässigte Infrastruktur ist eine Belastung für kommende Generationen.

28 Wir unterstützen daher das Konzept von Einfach Einsteigen und dem BUND Bremen,
29 das Bremer Straßenbahnnetz mehr als zu verdoppeln. Auch Bremerhaven muss wieder
30 eine Straßenbahn bekommen. Die RS1 muss alle 10-Minuten von Achim nach Bremen
31 Nord fahren und weitere Haltepunkte im Bremer Stadtgebiet bekommen. Bei
32 Straßenbahn und Bus muss der 5-Minuten-Takt zum Standard werden. Insgesamt muss
33 das Angebot besonders in den Tagesrandzeiten, nachts und am Wochenende
34 ausgeweitet werden. Gerade junge Menschen sind auf den ÖPNV angewiesen und
35 müssen auch nach dem Feiern sicher, schnell und günstig nach Hause fahren
36 können.

37 Neben dem Straßenbahnnetz müssen auch die Busverbindungen ausgeweitet werden,
38 insbesondere um eine kurzfristige Erweiterung des ÖPNV zu ermöglichen. Dafür

39 braucht es insbesondere Schnellbusverbindungen, um Fahrtzeiten zwischen den
40 Stadtteilen zu verkürzen und Rufbusse für ein flächendeckendes Angebot in den
41 Randgebieten. Wenn Busse mit fossilen Kraftstoffen betrieben werden, ist für das
42 Klima jedoch wenig gewonnen. Die komplette Fahrzeugflotte muss daher
43 klimaneutral werden. Die Entscheidung, welche Antriebstechnologie (Batterie oder
44 Brennstoffzelle) für welchen Einsatz am besten geeignet ist, müssen die
45 Verkehrsbetriebe treffen, solange Strom und Wasserstoff zu 100 % aus
46 erneuerbaren Energien stammen.

47 Für uns gehört der Personennahverkehr zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir
48 möchten allen Menschen Mobilität ermöglichen. Busse und Bahnen müssen deshalb
49 nicht nur barrierefrei, sondern überhaupt frei zugänglich sein.

50 Ein so gestalteter ticketloser ÖPNV soll im ganzen Bundesland gelten und für
51 alle Bremer*innen und Bremerhavener*innen auch die Fahrt zwischen den beiden
52 Städten beinhalten.

53 Ticketloser Nahverkehr bedarf allerdings der Einbindung in ein Gesamtkonzept.
54 Für die Verkehrswende bedarf es erheblicher finanzieller und personeller
55 Anstrengungen, die nicht im Haushalt dargestellt werden können. Erst wenn
56 deutlich erhöhte Finanzmittel und Personal für den Bereich Fuß- und Radverkehr,
57 merkliche Takt- und Qualitätsverbesserung plus Angebotsausweitung von
58 öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr und Regionalbuslinien
59 sowie eine Carsharinginitiative hinzukommen und dafür eine Finanzierung
60 sichergestellt ist, wird daraus ein ganzheitliches Modell der Mobilitätswende.
61 Durch eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung mit einem gerechten Preis,
62 erhöhte Bundesmittel und eine Pendler*innenabgabe ist eine Gegenfinanzierung
63 möglich. Diese Gesamtfinanzierung unseres Konzeptes ticketlos plus muss in einem
64 Bremischen Mobilitätsgesetz verbindlich geregelt werden.

65 Damit klimafreundliche Mobilität zur bequemsten und günstigsten Alternative
66 wird, fordern wir:

- 67 • Verdoppelung des Bremer Straßenbahnnetzes bis 2035
- 68 • CO₂-Neutrale Fahrzeugflotte bis 2030
- 69 • Einführung eines ticketlosen ÖPNV im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzeptes
70 und eines Mobilitätsgesetzes

71 **Eine Stadt für Menschen – nicht für Autos**

72 Eine Stadt für Menschen ist eine Stadt mit weniger Autos. Autos stoßen nicht nur
73 viel CO₂ aus, sondern nehmen auch sehr viel Platz in Anspruch. Weniger Autos
74 bedeuten mehr Raum für Grünflächen – kühlende Oasen in der Stadt, die mehr
75 Wasser aufnehmen und gleichzeitig die Luftqualität erhöhen können. Außerdem sind
76 Grünflächen ein sozialer Ort, der den Aufenthalt in der Stadt attraktiver macht
77 und soziale Kontakte stärken kann.

78 Deshalb ist es richtig, wenn der zur Verfügung stehende Platz so verteilt wird,
79 dass effektiver Klimaschutz garantiert und die Aufenthaltsqualität in unseren
80 Städten gesteigert werden kann. Dazu braucht es eine flächendeckende
81 Parkraumbewirtschaftung, die mit regelmäßiger Kontrolle sowie dem konsequenten

82 Abschleppen falschgeparkter Fahrzeuge einhergeht. Weiterhin stellt die
83 Parkraumbewirtschaftung eine finanzielle Einnahmequelle dar, die direkt dem
84 Ausbau von Fuß- und Radverkehr zugutekommen und so das Verkehrsnetz der Stadt
85 aufwerten kann. Zusätzlich müssen insbesondere enge Straßen umgestaltet werden,
86 sodass aus engen, zugeparkten Straßen Verkehrswege entstehen, die für alle
87 Menschen attraktiv sind: So kann bereits das Aufstellen von Pollern dafür
88 sorgen, dass Fußwege wieder benutzbar werden und so Barrieren abgebaut werden.
89 Barcelona, Paris, Kopenhagen und Amsterdam machen vor, wie eine moderne
90 Stadtgestaltung aussieht. Bremen kann das auch.

91 Um die Abkehr vom Auto zu erleichtern, braucht es einen Ausbau von Car- und
92 Bike-Sharing-Möglichkeiten, insbesondere auch in Randgebieten der Stadt sowie im
93 Umland. Diese müssen gefördert, oder direkt aus öffentlicher Hand bereitgestellt
94 werden. So sind die Bürger*innen nicht mehr auf das eigene Auto angewiesen,
95 können jedoch im Bedarfsfall auf ein Fahrzeug zurückgreifen.

96 Das von unserer Senatorin Maike Schaefer in Auftrag gegeben ifeu-Gutachten zeigt
97 klar auf, dass die von uns selbst gesteckten Klimaziele von Paris nur dann
98 eingehalten werden können, wenn der Autoverkehr bis 2030 um 20-55% sinkt. Die
99 Klimakrise und neue Ansprüche an Mobilität machen deshalb ein Umdenken nötig –
100 weg vom Auto und hin zu anderen Formen der Mobilität. Wir fordern deshalb den
101 Senat auf, den Umstieg zu anderen Formen der Mobilität so zu ermöglichen, dass
102 das Bundesland Bremen seine Klimaziele einhalten kann. Wir müssen uns jetzt dem
103 Auftrag des Pariser Klimaabkommens stellen und die wissenschaftlich begründeten
104 Wege zur Erreichung dieser Ziele einschlagen.

105 Um in Bremen eine Abkehr vom Auto zu schaffen, fordern wir:

- 106 • Eine flächendeckende, konsequente Parkraumbewirtschaftung
- 107 • Den Ausbau von Car- und Bike-Sharing
- 108 • Halbierung des Autoverkehrs bis 2030

109 **Feministische Verkehrswende!**

110 Die Mobilität der einzelnen Geschlechter unterscheidet sich aufgrund
111 festgefahrener Rollenbilder und der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den
112 Geschlechtern massiv. Während Männer laut aktueller Studienlage meistens nur
113 wenige und tendenziell längere Strecken am Tag fahren, legen Frauen wesentlich
114 mehr, dafür kürzere Strecken pro Tag zurück. So bringen sie beispielsweise die
115 Kinder zur Schule oder in die Kita, gehen einkaufen oder kümmern sich um
116 Angehörige, und das meistens im eigenen Quartier.

117 Dabei werden auch unterschiedliche Verkehrsmittel benutzt. Männer nehmen
118 häufiger das Auto, während Frauen öfter zu Fuß gehen, das Rad benutzen oder als
119 Beifahrerin mitfahren. Die Radwege sind jedoch oft nicht breit oder sicher
120 genug, damit sich Radfahrer*innen gut durch die Stadt bewegen können.
121 Stattdessen teilen sie sich oft eine Fahrbahn mit den Autos oder müssen Radwege
122 benutzen, die zu schmal sind und keine Abgrenzung zum Fußweg haben. Im Quartier
123 selbst sind Radwege oft gar nicht oder kaum in guter Qualität vorhanden.
124 Stattdessen wird sich oft darauf konzentriert, Fahrrad-Premiumrouten vom Umland

125 in die Innenstadt zu bauen. Die braucht es auch für eine Verkehrswende, jedoch
126 darf die Vernetzung innerhalb eines Quartiers nicht vernachlässigt werden.

127 Verkehrsplanung ist derzeit am Stereotyp des in Vollzeit arbeitenden Mannes
128 ausgerichtet. Feministische Mobilitätspolitik heißt, unterschiedliche
129 Lebensrealitäten in Verkehrsplanung miteinzubeziehen und so eine für alle
130 lebenswerte Stadt zu schaffen.

131 Es braucht ein Mobilitätsgesetz, in dem der Vorrang von Rad- und Fußverkehr
132 sowie ÖPNV gegenüber motorisiertem Individualverkehr festgeschrieben wird. Damit
133 wird die Verkehrswende rechtlich auf sichere Füße gestellt und kann besser
134 umgesetzt werden.

135 Deshalb fordern wir:

- 136 • Sichere und breite Fahrradwege (protected bike lanes)
- 137 • Flächendeckende Radinfrastruktur in den Quartieren
- 138 • Ein Mobilitätsgesetz, das den Vorrang von klimafreundlichen und
139 platzsparenden Verkehrsmitteln festschreibt

A5NEU Mehr Geld für Umsetzung der Bremer Biodiversitätsstrategie und des Insektenschutzprogramms

Gremium: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 21.05.2021

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

- 1 Der Biodiversitätsverlust weltweit, in Deutschland und auch in Bremen ist neben
2 der Klimakrise die größte existentielle Gefahr für unsere Lebensgrundlagen.
- 3 Die LMV fordert die Fraktion und die grünen Senator*innen auf, die
4 Anschubfinanzierung und Umsetzung einer ressortübergreifenden
5 Biodiversitätsstrategie und eines Insektenschutzprogramms noch in dieser
6 Legislatur sicherzustellen, denn die Zeit drängt, um unsere wertvollen
7 Grünflächen und die Artenvielfalt zu schützen:
- 8 1. Deshalb müssen in den kommenden Haushalten ausreichend Mittel zur
9 Erarbeitung der Biodiversitätsstrategie/ des Insektenschutzprogramms zur
10 Verfügung gestellt werden, inklusive erster Mittel zur Maßnahmenumsetzung
11 (u.a. Baumpflanzungen, Blühstreifen, Personal). Hierfür sind mindestens
12 eine Millionen Euro zu veranschlagen.
 - 13 2. Die Erarbeitung muss in einem Ressort übergreifenden Prozess stattfinden,
14 an dessen Ende ein Maßnahmenprogramm mit klaren Zuständigkeiten und
15 Finanzbedarfen steht.
 - 16 3. Nach Abschluss der Erarbeitung muss sichergestellt werden, dass die
17 Inhalte/ Maßnahmen konsequent umgesetzt werden. Hierzu wird es
18 erforderlich sein, eine dauerhafte Koordinierungsstelle „Biodiversität“ im
19 Umweltressort zu schaffen.
 - 20 4. Um die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüfen zu können, ist es notwendig,
21 das Monitoring (u.a. hinsichtlich der Insekten) auszuweiten, hierfür sind
22 die notwendigen zusätzlichen Mittel bereitzustellen.
 - 23 5. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte zentrale Beratungsstelle zur
24 Einwerbung von Drittmitteln (z.B. Bundes- und EU-Förderung) soll auch vor
25 diesem Hintergrund zeitnah realisiert werden. Es müssen alle Möglichkeiten
26 ausgeschöpft werden, die vorhandenen Mittel aus dem Bremer Haushalt mit
27 Mitteln aus nationalen und europäischen Förderprogrammen zu unterstützen.
 - 28 6. Um die kontinuierliche, aktuelle Abnahme der Biodiversität auf
29 öffentlichen Bremer Flächen zu stoppen, sind kurzfristige Maßnahmen zur
30 Erhöhung der Biodiversität (wie z.B. die Anlage von Blühstreifen)
31 notwendig.

A6 Für eine Gesellschaft der Vielen - gemeinsam gegen Rassismus, Ausgrenzung und Hass

Antragsteller*in: Laura Reyes Pollak

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Für eine Gesellschaft der Vielen - gemeinsam gegen Rassismus, Ausgrenzung und
2 Hass

3 Der gewaltsame Mord an dem schwarzen US-Amerikaner George Floyd am 25. Mai 2020
4 durch einen weißen Polizisten hat in vielen Teilen der Welt Proteste gegen
5 Rassismus auf die Straße gebracht. Auch in Deutschland markiert die Black Lives
6 Matter Bewegung einen Meilenstein in der Auseinandersetzung mit strukturellem
7 Rassismus. Während die Corona-Krise die Welt in Atem hielt, trugen die Stimmen
8 der Protestierenden eine Tatsache nach außen, die seit jeher für nicht-weiße
9 Menschen tagtäglich spürbar ist: Die meisten Menschen positionieren sich gegen
10 Rassismus und dennoch bestimmt er weiterhin den Alltag von vielen BI*PoC in
11 Deutschland. Der Begriff des strukturellen Rassismus bezeichnet explizit
12 rassistische Strukturen, Handlungs- und Entscheidungsabläufe.

13 Benachteiligung bei der Ausbildungsplatz-, Arbeits- und Wohnungssuche, bei der
14 Gesundheitsversorgung und in zahlreichen anderen alltäglichen Situationen sind
15 für viele Menschen eine oft gemachte und bittere Erfahrung. Dazu kommen
16 Abwertungen, Ausgrenzung und rassistische Zuschreibungen im öffentlichen
17 Diskurs. Rassistische Einstellungen werden oft auch von der Mitte der deutschen
18 Gesellschaft vertreten und struktureller Rassismus ist, wie der Begriff schon
19 vermuten lässt, in staatlichen Institutionen verankert. Am Ende dieser Kette
20 stehen die jüngsten rassistisch motivierten und rechtsterroristischen Anschläge
21 von Halle und Hanau. Denn eins hat sich immer wieder gezeigt, irgendwann wird
22 aus systematischer Ausgrenzung Hass und aus Hass folgt Gewalt.

23 Für uns GRÜNE ist deshalb klar:

24 Das Aufdecken von rassistischen Strukturen und der Kampf gegen Rassismus in
25 seinen unterschiedlichen Facetten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die
26 auch in der Verantwortung von Staatlichkeit liegt und die Perspektiven der
27 Betroffenen im Zentrum haben muss. Nur so können wir unsere plurale Demokratie
28 stärken und zu einer Gesellschaft der Vielen werden.

29 Bremen wird von den meisten die hier leben als ein toleranter, bunter und
30 weltoffener Stadtstaat beschreiben: Institutionen, die Weltoffenheit und
31 Toleranz als Stärke begreifen, eine Politik, die Diskriminierung und Hürden
32 abbauen will und eine aktive Zivilgesellschaft, die sich gegen Ungerechtigkeiten
33 engagiert. Das alles ist Bremen!

34 Doch als Gesellschaft sind wir nunmal nicht von historisch bedingten
35 rassistischen Denkmustern gewahrt. Struktureller- und institutioneller Rassismus
36 sind auch hier ein Thema, bei dem wir uns als politische Akteur*innen
37 selbstkritisch hinterfragen müssen, damit unsere Institutionen zukünftig in der
38 Lage sind, Betroffene zu schützen. Dass dies noch nicht hinreichend der Fall
39 ist, wurde jüngst bei den Ermittlungen zu den Vorfällen sexistischer,
40 rechtsradikaler, queerfeindlicher und rassistischer Hetze in der Bremer

41 Feuerwehr und in der aktuellen Debatte um die städtische Wohnungsgesellschaft
42 BREBAU deutlich.

43 Um strukturellen Rassismus nachhaltig zu bekämpfen, ist es notwendig, sich
44 ausführlich und (selbst-)kritisch mit der Verteilung von Macht, Ressourcen und
45 den Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe, sowie mit den von Rassismus
46 und anderen Menschenfeindlichkeiten intersektional beeinträchtigten
47 Lebensrealitäten zu beschäftigen. Diese Aufgabe ist weder angenehm noch einfach,
48 weil es voraussetzt, dass wir uns als Gesellschaft, mit unseren Strukturen und
49 Institutionen, in einem anstrengenden Prozess selbst hinterfragen- und uns
50 außerdem nachhaltig verändern müssen. Das braucht Zeit. Unser Ziel aus der
51 daraus erwachsenden Verantwortung ist klar: Um eine Gesellschaft der Vielen zu
52 ermöglichen, müssen wir die Erfahrungen und Perspektiven von von Rassismus
53 betroffene Menschen ernst nehmen, Verantwortung für ihren Schutz übernehmen und
54 mit der selbstkritischen Brille auf Strukturen schauen, die Schwarze Menschen,
55 Sinti*zze und Rom*nja und so viele andere nicht-weiße Personengruppen
56 benachteiligen. Wie gesagt: Um eine rassismusfreie Gesellschaft zu realisieren,
57 müssen wir die Praktiken aller Institutionen ehrlich und selbstkritisch
58 hinterfragen. Dieses Hinterfragen muss dann aber auch mit der Bereitschaft
59 einhergehen, Strukturen zu verändern. Das betrifft die Polizei, das
60 Gesundheitssystem, Bildungseinrichtungen, die Feuerwehr und vieles, vieles mehr.
61 Weil wir wissen, dass wir im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes in
62 besonderer Verantwortung dafür stehen.

63 Gegen strukturellen Rassismus auf dem Wohnungsmarkt

64 Auch bei der Wohnungssuche erfahren Menschen aufgrund ihrer (zugeschriebenen)
65 Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Kultur oder ihrer Sexualität Diskriminierung.
66 Selten kann diese nachgewiesen werden. Rassistische Diskriminierung am
67 Wohnungsmarkt ist eine der häufigsten Diskriminierungsformen überhaupt. Oftmals
68 beginnt diese bereits beim ersten Kontakt mit den potentiellen Vermieter*innen.
69 Die Email, die nicht beantwortet wird, weil der Nachname des Absenders
70 „ausländisch“ klingt. Das Telefonat, welches beendet wird, sobald der oder die
71 Vermieter*in mitbekommt, dass die anrufende Person nicht akzentfrei Deutsch
72 spricht. Ein Kopftuch, das beim Besichtigungstermin getragen wird.

73 Am 20. Mai 2021 wurde bekannt, dass Mitarbeiter*innen der BREBAU mutmaßlich von
74 anderen Vorgesetzten in internen Anweisungen dazu angehalten wurden, bestimmte
75 Merkmale von Wohnungssuchenden, wie Hautfarbe, Deutschkenntnisse, bestimmte
76 ethnische Hintergründe, aber auch der momentane Wohnort in ärmeren Stadtteilen,
77 mit Kürzeln in internen Notizen zu vermerken.

78 Eine solche strukturell-rassistische Praxis verurteilen wir aufs Schärfste!

79 Gerade städtische Wohnungsbaugesellschaften sollten überall als Anspruch haben,
80 insbesondere Menschen, die es auf dem normalen Wohnungsmarkt besonders schwer
81 haben, in Wohnraum zu vermitteln. Deshalb ist es gut, dass eine lückenlose
82 Aufklärung durch den externen Sonderermittler Prof. Matthias Stauch bereits
83 durchgeführt wurde. Die Freistellung der Geschäftsführung und die Einsetzung von
84 Herrn Staatsrat a. D. Lühr als kommissarische Geschäftsführung waren weitere
85 wichtige Schritte, um der verantwortungsvollen Position nachzukommen. Es wird
86 für die Geschäftsführer der BREBAU eine sehr anspruchs- und besonders
87 verantwortungsvolle Aufgabe sein, glaubhafte Schlussfolgerungen aus dem Stauch-

88 Bericht für das operative Geschäft der BREBAU zu ziehen. Nach dem Bericht muss
89 die Praxis der Wohnungsvergabe auch weiterhin bei der BREBAU überprüft,
90 Aufklärungsarbeit geleistet und eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Menschen
91 mit Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche geschaffen werden. Nur so
92 kann das verloren gegangene Vertrauen vieler Bremer*innen und die die es werden
93 wollen in die BREBAU gestärkt werden.

94 Auch wenn der Vorgang um die BREBAU für den Moment aufgeklärt wurde, so bleiben
95 weiterhin die vielen Erlebnisse von Diskriminierung betroffener auf dem
96 Wohnungsmarkt.

97 Um diskriminierenden und rassistischen Praktiken auf dem Wohnungsmarkt
98 vorzubeugen fordern wir deshalb, dass:

99 • Immobilienunternehmen, Eigentümer*innengemeinschaften und Hausverwaltungen
100 sich des Themas aktiv annehmen. Der beste Schutz gegen Diskriminierung ist
101 das aktive Hinterfragen der eigenen Strukturen.

102 • das "Bündnis für Wohnen Bremen", das aus öffentlichen und privaten
103 Akteur*innen besteht, sich mit der Erstellung einer
104 Selbstverpflichtung/Charta oder einem Compliance-Kodex zu Antirassismus
105 bzw. Antidiskriminierung in ihrem Geschäftsbetrieb verpflichtet. Dabei ist
106 die Einbeziehung von Wohnungsverwaltungsgesellschaften und
107 Makler*innenbüros bzw. deren Fachverbände unerlässlich. Auch wenn die
108 Unterzeichnung von Leitlinien nur einen „Appellcharakter“ hat, ist es ein
109 wichtiger Schritt zur freiwilligen Selbstverpflichtung.

110 • antirassistische und kulturelle Sensibilisierung für Hausverwalter*innen
111 und Mitarbeiter*innen in Wohnungsunternehmen - gerade auch auf der Ebene
112 der mittleren Mitarbeiter*innen - durchgeführt wird. (Eine [Studie](#) des
113 Bundes zeigt, zumindest in Fokusgruppen in Berlin und Nürnberg, dass die
114 Sensibilisierung der mittleren Mitarbeiter*innenebene entscheidend ist, um
115 Diskriminierung wirklich zu begegnen.)

116 Dazu gehört auch, die Repräsentation von BI*POC auf der höheren bzw mittleren
117 Mitarbeiter*innenebene zu fördern. Das bedeutet, Bi*PoC gezielt dort
118 einzustellen, bzw. beim Bewerber*innen-Auswahlverfahren zu berücksichtigen und
119 Diversität zu fördern. Frei nach dem Motto: Bremen ist bunt, die
120 Geschäftsführung muss es noch werden.

121 • dass die neu geschaffene Landesantidiskriminierungsstelle von
122 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt Betroffene Menschen unterstützt und
123 über ihre Rechte aufklärt.

124 • ein ausgeweiteter "Whistleblower"-Schutz für Betroffene und
125 Mitarbeiter*innen geschaffen wird, damit es in Zukunft schneller und

- 126 leichter möglich ist, verdeckte Strukturen aufzudecken z.B. über ein
127 Anonymes Meldeportal
- 128 • Beratungsstellen und Vereine, die z. B. interkulturelles
129 Konfliktmanagement trainieren oder Mediation anbieten gestärkt und deren
130 Angebote ausgebaut werden.
 - 131 • mehr öffentlich geförderter Wohnungsraum geschaffen wird. Es ist gut und
132 wichtig, dass Bremen sich in den vergangenen Jahren verstärkt auf den Weg
133 gemacht hat und durch die BREBAU und GEWOBA selbst aktiv ist, um
134 erschwingliche Mieten für mehr Bremer*innen zu ermöglichen.
 - 135 • das Vorhaben, Heterogenität bezogen auf mehrere Merkmale (sozioökonomische
136 Ausstattung, Alter, Bildung, ethnischer Hintergrund, Religion) zum
137 Kriterium der Stadtentwicklung gemacht wird(im Gegensatz zu einer
138 ökonomisch orientierten Aufwertung einzelner Stadtteile) und transparent
139 und reflektiert umgesetzt wird. Auch bei diesem stadtplanerischen Prozess
140 ist es von zentraler Bedeutung BI*PoC, also selbst betroffene Menschen, zu
141 beteiligen.

Unterstützer*innen

Sahhanim Görgü-Philipp ; Alexandra Werwath ; Florian Kommer ; Maike-Sophie Mittelstädt ; Franziska Tell ; Kristina Kötterheinrich ; Simon Metzger ; Stina Reichardt ; Sona Terlohr

L1NEU Eine solidarische Klimapolitik ist möglich

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 07.07.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Eine solidarische Klimapolitik ist möglich

Antragstext

- 1 Klimaschutz geht nur solidarisch.
- 2 In über einem Jahr Pandemie haben wir als Gesellschaft außergewöhnliche
3 Erfahrungen gemacht - in jeder Hinsicht. Wir haben erlebt, wie sich
4 Ungleichheiten in der Gesellschaft weiter verschärft haben. Bereits
5 benachteiligte Gruppen gerieten in der Pandemie noch stärker ins Hintertreffen.
6 Junge Menschen verpassten soziale Erlebnisse, die Inzidenzwerte waren in
7 wirtschaftlich und sozial benachteiligten Stadtvierteln in allen Großstädten
8 deutlich höher. Care-Arbeit wurde durch höhere Ansteckungsrisiken erschwert.
9 Durch die Einschränkung sozialer Kontakte haben Probleme wie soziale und
10 psychische Krisen sowie Gewalterfahrungen zugenommen und Menschen sind einsamer
11 geworden.
- 12 Wir haben aber auch gesehen, wie wir gemeinsam in einer nie dagewesenen
13 Geschwindigkeit Veränderungen herbeiführen können. Wir haben uns gegenseitig
14 geschützt und haben enorme Ressourcen aufgebracht, um Arbeitsplätze,
15 Soloselbstständige und ganze Wirtschaftszweige zu bewahren.
- 16 Auch die Klimakrise und die damit verbundenen notwendigen Veränderungen treffen
17 nicht alle Menschen gleich. Menschen im globalen Süden, die weniger
18 Möglichkeiten haben, sich gegen neue Risiken zu schützen und mit größeren
19 Umweltkatastrophen konfrontiert werden, haben eine deutlich größere Last zu
20 tragen als Menschen in den hochentwickelten Industrieländern. Auch hier in
21 Deutschland und im Bundesland Bremen werden manche Gruppen härter getroffen als
22 andere: Junge Menschen, die länger mit den Folgen des Klimawandels leben müssen,
23 ältere Menschen, für die Hitze lebensbedrohlich werden kann, ärmere Menschen,
24 die in schlechter gedämmten Häusern oder an viel befahrenen Straßen wohnen oder
25 stärker von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Stürmen betroffen sind.
26 Für Menschen mit niedrigen oder nicht vorhandenen Bildungsabschlüssen führt
27 Wandel oftmals zu einer beruflichen und damit existenziellen Bedrohung. Die
28 Konsequenz: Die Armutsschere geht weiter auseinander.
- 29 Es stellt sich deshalb die Frage, wie wir Kinder und Jugendliche, Menschen mit
30 niedrigen Einkommen aus strukturschwachen Regionen/Stadtteilen, mit Migrations-
31 bzw. Fluchterfahrungen, ältere Menschen, chronisch Kranke oder mit niedrigen
32 Bildungschancen, mit zukunftsunsicheren oder gar zukunftsuntauglichen
33 Arbeitsplätzen so in die Bekämpfung der Krise einbinden können, dass wir auf der
34 einen Seite CO2-Emissionen erfolgreich senken und gleichzeitig unsere
35 gesellschaftlichen Strukturen solidarischer, gerechter und nachhaltiger
36 gestalten können.
- 37 Es gibt auch Grund für Optimismus
- 38 Wenn wir den Klimawandel konsequent bekämpfen und die Transformation
39 gleichzeitig nutzen, um eine gerechtere Gesellschaft zu formen, haben wir allen
40 Grund für Optimismus. Denn dieser Wandel bietet auch eine Vielzahl von Chancen.

41 Dazu müssen wir uns als Gestalter*innen begreifen, die die Herausforderung
42 annehmen und dabei verschiedene Ziele miteinander verbinden. In einem Moment, in
43 dem der Status-Quo so massiv infrage gestellt wird wie heute, lassen sich neue
44 Modelle entwickeln und Dinge erreichen, die noch vor Kurzem unvorstellbar waren.
45 Auf diesem Weg wollen wir niemanden zurücklassen. Eine Gesellschaft, die den
46 Klimawandel meistern will, muss in diesem Wandel umso mehr einen Platz für alle
47 Menschen bieten, um Sicherheit und Vertrauen zu schaffen.

48 Deshalb fordern wir in unserem Wahlprogramm für die Bundestagswahl, eine neue
49 Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz einzuführen. Für
50 zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband wollen wir
51 nötige Mindeststandards formulieren. Bei dem Ausbau dieser Strukturen, die es
52 benachteiligten Gruppen überhaupt erst ermöglicht, klimafreundlich zu arbeiten,
53 mobil zu sein und zu leben, müssen wir schneller werden.

54 Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir eine Politik betreiben, die Prozesse
55 beschleunigt, um in der Krisenbekämpfung effektiver zu werden und schneller
56 greifbare und positive Erfahrungen zu erzeugen.

57 Wir müssen eine Politik betreiben, die solidarisch ist und die unterschiedlichen
58 Lebenswirklichkeiten und Lebensentwürfe vieler unterschiedlicher Menschen
59 respektiert, sie zu einer Stärke dieses Landes macht und Sicherheit gibt.

60 Und wir müssen eine Politik betreiben, die vorausschauend agiert und so die
61 Krise und ihre Folgen bereits im Vorfeld begrenzt, anstatt lediglich reagieren
62 zu können.

63 Viele dieser Weichen werden dafür auf Bundesebene gestellt. Deshalb ist diese
64 Bundestagswahl die entscheidende Wahl, wenn wir einen Aufbruch gestalten wollen,
65 anstatt weiterhin im Status quo zu verharren und unsere Zukunft aufs Spiel zu
66 setzen.

67 Wir stehen für eine solidarische Klimapolitik. Folgende zentrale Handlungsfelder
68 möchten wir mit diesem Antrag beleuchten, die wir auf Länderebene ebenso wie auf
69 Bundes- und Europaebene besonders effektiv gestaltet können:

70 1 Bildung

71 Ohne grundlegende Veränderungen im Bildungssystem werden wir die Klimakrise
72 nicht meistern können. Denn eine Veränderung der Grundlagen des Zusammenlebens
73 baut auf dem Erwerb von Wissen und neuen Kompetenzen auf. Bildungsexperten*innen
74 betonen, dass die Klimakrise nicht neue Schulfächer erfordert, sondern eine neue
75 Kultur der gemeinschaftlichen Entwicklung neuer Konzepte. Digitalisierung spielt
76 dabei eine besondere Rolle als Transformatorin, die neue Formen der Kooperation
77 weit über das eigene Klassenzimmer hinaus möglich macht.

78 Es liegt auf der Hand, dass die Kinder und Jugendlichen für die Zukunft besser
79 gerüstet sind, die gelernt haben, mit Wandel umzugehen und die entsprechenden
80 Kompetenzen beherrschen. Wir dürfen den Fehler aus der Coronakrise, dass die
81 Bildungsschere noch weiter auseinandergegangen ist, in der Klimakrise nicht
82 wiederholen.

83 Wir fordern:

- 84 • eine grundlegende Überarbeitung von Lehrplänen mit dem Ziel, Wissen,
85 Kompetenzen und neue Formen der Zusammenarbeit im Hinblick auf den Kampf

86 gegen den Klimawandel und Digitalisierung in jedes Schulfach zu
87 integrieren und untereinander zu verknüpfen. Klimathemen und die
88 entsprechenden Kompetenzen sollen dabei Bestandteil von Prüfungen werden.

- 89 • die Integration des Querschnittsthemas Klimawandel in die Ausbildung von
90 Lehrer*innen sowie die Entwicklung einer Fortbildungsoffensive für
91 Lehrer*innen.
- 92 • die Einrichtung einer Professur für Sachunterricht und Bildung für
93 nachhaltige Entwicklung für alle Schulformen sowie vorschulische Bildung.
- 94 • den Ausbau der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich Bildung, um
95 die zunehmende soziale Spaltung wirksam bekämpfen zu können. Wir wollen
96 darauf hinwirken, dass Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) im
97 Hinblick auf digitale Teilhabe und qualifizierte Lernförderung ausgeweitet
98 und über den Sozialhaushalt des Bundes abgesichert werden.
- 99 • die Einrichtung von Pilotschulen und Pilot-Kitas sowie eines Portals für
100 den Austausch von Best-Practice-Beispielen für neue Formen der Vermittlung
101 und Zusammenarbeit im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung und
102 Digitalisierung.

103 2 Beschleunigung von Verfahren

104 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass auch tiefgreifende Veränderungen in sehr
105 kurzer Zeit umsetzbar sind. Schutzausrüstung und Atemgeräte wurden innerhalb
106 kürzester Zeit eingekauft, digitale Arbeitsweisen wurden innerhalb von Wochen
107 etabliert und neue soziale Normen wurden eingeübt. Für den Kampf gegen den
108 Klimawandel spielt Geschwindigkeit eine ebenso wichtige Rolle: Jedes Jahr, in
109 dem Klimaschutzmaßnahmen früher umgesetzt werden, sparen sie direkt wertvolle
110 CO₂-Emissionen ein. Das Bundesverfassungsgericht hat mehr als deutlich gemacht,
111 dass wir schneller werden müssen, die vereinbarten Klimaziele zu erreichen und
112 zukünftige Generationen zu schützen.

113 Wir fordern deshalb,

- 114 • die staatlichen Prozesse so zu umzugestalten, dass die hierfür
115 erforderlichen Prozesse schneller abgeschlossen werden. In einem ersten
116 Schritt soll daher eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet
117 werden, die hierzu Vorschläge im Rahmen des bestehenden Rechts erarbeitet.
118 Parallel sollen gebotene Änderungen der bestehenden Verfahrensvorschriften
119 auf Landesebene und Vorschläge für Änderungen auf Bundesebene z.B. in Form
120 einer Bundesratsinitiative erarbeitet werden. Bremen als Zweistädtestaat
121 kann hier das Labor für notwendige Änderungen sein.

122 3 Mobilität

123 Wenn wir eine Verkehrswende, eine Energiewende und einen Wandel hin zu einer
124 sozial-ökologischen Wirtschaft wollen, müssen wir anerkennen, dass
125 beispielsweise ein Leben ohne Auto einfacher ist, wenn man in einer Region oder
126 einem Viertel lebt, das gut an den ÖPNV angebunden ist.

127 Die Abhängigkeit vom Auto in unseren beiden Städten muss deshalb so weit wie
128 möglich reduziert werden – für Bewohner*innen und Autofahrer*innen ebenso wie

129 für Menschen ohne Auto. Insbesondere Kinder, Jugendliche und ältere Personen
130 müssen gleichberechtigt mobil sein können. Wir fordern im Bundestagswahlprogramm
131 deswegen eine sogenannte »Mobilitätsgarantie« für alle Menschen. Im Land Bremen
132 muss deshalb der ÖPNV insbesondere in den äußeren Stadtteilen mit schlechter
133 Anbindung massiv ausgebaut werden. Gemeinsam mit den Nachbargemeinden im
134 Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen muss zudem der Takt in die
135 Region erhöht werden.

136 Wir fordern deshalb:

- 137 • eine deutliche Angebots- und Qualitätsverbesserung für den ÖPNV. Denn
138 entscheidend für den Umstieg auf den ÖPNV ist nicht nur der Preis, sondern
139 vor allem eine bessere Taktung, mehr Verbindungen, ein einfacher Wechsel
140 zwischen Verkehrsmitteln und ein erhöhter Komfort. Dazu muss der Stadt-
141 und Regionalverkehr besser aufeinander abgestimmt werden. Regional- und
142 Stadtbuslinien müssen auch ohne hohe Auslastung zuverlässig an jedem
143 Wochentag regelmäßig mindestens einmal in der Stunde verkehren – in den
144 Hauptzeiten im 30-Minuten-Takt. Digitale Echtzeit-Anzeigen müssen auf
145 allen Buslinien eingeführt werden. Es ist offensichtlich, dass diese
146 Aufgabe so groß ist, dass sie nicht aus dem bestehenden Haushalt gestemmt
147 werden kann. Eine sozial gerechte Finanzierung soll deshalb in einem
148 Mobilitätsgesetz geregelt werden, das für mehr Verkehrsträgergerechtigkeit
149 und eine entsprechende Lenkungswirkung sorgt.
- 150 • eine stärkere Beteiligung des Bundes am Ausbau des ÖPNV. Denn die
151 Verkehrswende ist eines der entscheidenden Projekte bei der Erreichung der
152 Klimaziele von Paris, zu der sich die Bundesrepublik Deutschland
153 verpflichtet hat. Deshalb muss die Finanzierung des ÖPNV-Ausbaus im Rahmen
154 der Gemeinschaftsaufgabe »Regionale Daseinsvorsorge« und einer von uns im
155 Bundeswahlprogramm geforderten »Zukunfts- und Ausbauoffensive« neu
156 geregelt werden, sodass die selbst gesteckten Ziele tatsächlich erreicht
157 werden können.
- 158 • eine Prämie für Menschen, die ihr Auto abschaffen wollen bzw. bereits
159 jetzt schon keines haben und gerne klimafreundliche Mobilitätsangebote
160 nutzen wollen. Entsprechend dem Vorbild der Gemeinde Denzlingen bei
161 Freiburg soll die Prämie in Form eines Zuschusses für die Anschaffung
162 eines Fahrrades, E-Bikes, die Nutzung von Carsharing-Angeboten, ÖPNV oder
163 einer Bahncard gezahlt werden. Gerade für Menschen mit kleineren
164 Einkommen, kann ein solches Angebot attraktiv sein, um kostengünstiger und
165 klimafreundlicher mobil zu sein. Auch wenn manche Menschen von diesem
166 Angebot nicht profitieren können, ist jede eingesparte Tonne CO₂ ein
167 wichtiger Schritt.

168 4 Gesundheit

169 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Durch extreme Wetterlagen und Hitzewellen
170 ergeben sich neue gesundheitliche Gefahren für ältere,
171 gesundheitsbeeinträchtigte und armutsgefährdete Menschen. Aber auch junge
172 Menschen werden in ihrem Leben beeinträchtigt, wenn das Leben im öffentlichen

173 Raum durch Hitze eingeschränkt wird. Wir fordern deshalb in unserem
174 Bundeswahlprogramm einen Sonderfonds zur Umsetzung von Hitzeaktionsplänen.

175 • Die letzten Hitzesommer haben einen düsteren Blick auf die Zukunft gerade
176 von älteren Menschen geworfen. Überhitzung und die Belastungen für
177 Menschen mit Vorerkrankungen führen zu einer höheren Sterblichkeit. Das
178 können wir vermeiden. Wir dürfen die älteren Menschen nicht vergessen, die
179 zuhause leben. Deshalb muss die aufsuchende Altenarbeit stärker ausgebaut
180 werden, um alten Menschen in ihrem Alltag zu begleiten und ihnen
181 Sicherheit zu geben.

182 • Umbau von Pflegeeinrichtungen, um Hitzetote zu vermeiden:
183 Wir brauchen einen Klimafonds auf Bundesebene, um Pflegeeinrichtungen und
184 Krankenhäuser umzubauen und so Menschen vor den Folgen des Klimawandels
185 stärker zu schützen.

186 • Gesundheitsämter vor Ort stärken, Digitalisierung ausbauen:

187 Ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst ist die beste Prävention. Deshalb
188 muss die Dezentralisierung in den Stadtteilen für Gesundheitsversorgung
189 ausgeweitet werden, um gerade ärmere Menschen, die anfälliger sind zu erreichen.
190 Außerdem müssen 1% der Gesundheitsausgaben im Bund in den öffentlichen
191 Gesundheitsdienst fließen, um ihn zu stärken.

192 • Seelische Gesundheit ist eine Basis für körperliche Gesundheit, soziale
193 Teilhabe und vor allem Lebensqualität. Doch immer mehr Menschen fühlen
194 sich einsam und leiden psychisch darunter oder haben andere psychische
195 Erkrankungen. Deshalb brauchen wir mehr Kassenzulassungen für
196 Psychotherapeut*innen, um so mehr ambulante Psychotherapieplätze zu
197 schaffen. Als solidarische Gesellschaft brauchen wir aber auch mehr Orte
198 der Gemeinsamkeit, deswegen wollen wir unsere Quartiere als Gemeinsam-
199 statt-Einsam-Quartiere weiterentwickeln.

200 • Bremen bleibt cool – Schaffung von öffentlichen Orten mit viel Grün,
201 Schatten und hoher Aufenthaltsqualität in allen Stadtteilen.
202 Freizeitgestaltung im Außenbereich hat in der Pandemie einen neuen
203 Stellenwert erhalten. Stadtplanung muss so ausgerichtet werden, dass das
204 auch in Zukunft noch möglich ist und unsere beiden Städte Orte für junge
205 und alte Menschen bieten, sich zu treffen und dabei vor Hitze geschützt zu
206 sein. Dafür brauchen wir mehr öffentliches Grün, mehr Flächenentsiegelung
207 und eine Umverteilung des öffentlichen Raums. Wir wollen den Spaß am
208 öffentlichen Raum erhalten. Bremen und Bremerhaven sollen deshalb auch
209 beispielbare Städte sein, die auch den Kleinsten in unserer Gesellschaft
210 einen Ort zum gemeinsamen Spielen geben.

211 5 Wohnen

212 Notwendige Maßnahmen für den Klimaschutz haben soziale Folgen im Bereich des
213 Wohnens. Steigende Energiekosten und notwendige Umbaumaßnahmen müssen so
214 abgefedert werden, dass Menschen mit kleinen Einkommen nicht über Gebühr
215 belastet werden. Maßnahmen sollen so umgesetzt werden, dass die soziale Schere

216 in Zukunft wieder zusammengeht, anstatt wie bisher immer weiter
217 auseinanderzuklaffen.

218 • Der Anstieg von Energiekosten führt dazu, dass Menschen mit geringen
219 Einkommen zunehmend Probleme bekommen, ihre laufende Haushaltsenergie zu
220 bezahlen, insbesondere wenn sie mit hohen Nachforderungen konfrontiert
221 werden. Mit der Einführung des von den Grünen geforderten Energiegeldes
222 werden Geringverdiener*innen und Familien gezielt entlastet. Wir fordern
223 darüber hinaus einen bundesrechtlichen Rahmen, der den Grundbedarf für
224 Energie günstiger zur Verfügung stellt.

225 • Mit dem sogenannten Drittelmodell wollen wir die Kosten für
226 klimafreundliche Modernisierungen zwischen Vermieter*innen, Staat und
227 Mieter*innen fair verteilen, sodass sie für alle bezahlbar werden und
228 gleichzeitig wirtschaftlich bleiben. Mit gezielten Förderprogrammen kann
229 die Umlage der Modernisierungskosten für Mieter*innen auf 1,5 Prozent im
230 Jahr reduziert werden. Für Mieter*innen wird diese geringe Erhöhung durch
231 Einsparungen bei den Energiekosten ausgeglichen und für Vermieter, bei
232 denen die Fördermittel verbleiben, sind die Umbaumaßnahmen wirtschaftlich.

233 6 Wirtschaft und Arbeiten

234 Für unsere Wirtschaft besteht die große Chance, sich im Wandel
235 Wettbewerbsvorteile zu sichern. Klimaschutz ist heute auch eine gute
236 wirtschaftliche Investition in die Zukunft. Wir müssen jetzt beginnen, gemeinsam
237 mit der industriell geprägten Wirtschaft Wasserstoff als Energieträger und
238 Speichertechnologien für Energie aus Sonnen- und Windkraft zu entwickeln.
239 Deshalb wollen wir mit dem »Industriepakt« Unternehmen, die sich auf den Weg zur
240 Klimaneutralität machen, unterstützen und die notwendige Planungssicherheit
241 geben.

242 Andererseits ist bereits jetzt klar, dass der Klimawandel einen großen
243 Strukturwandel auslösen wird. In der Folge werden nicht nur neue Technologien
244 und Arbeitsplätze entstehen. Wir müssen deshalb bereits heute dafür sorgen, dass
245 Arbeitnehmer*innen die sozial-ökologische Transformation für sich nutzen können
246 und auch weiterhin zukunftssichere Jobs haben werden.

247 Wir fordern deshalb:

248 • einen Bildungspakt zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik. Denn
249 es werden nicht alleine Investitionen in neue Technologien sein, die den
250 Strukturwandel zu einem Erfolg machen werden. Ebenso wichtig sind
251 Investitionen in Köpfe und die Menschen, die mit Ihren Ideen, Erfahrung
252 und Kompetenzen den Wandel meistern werden. Das Bundesland Bremen soll so
253 zu einem Modell für den Einstieg in neue Berufe, den Umstieg und die
254 Weiterbildung in bestehenden Berufen werden. Arbeitnehmer*innen wollen wir
255 dabei so früh wie möglich begleiten und bestärken.

256 • ein Gründer- und Innovationsprogramm für mit Coworking- und
257 Inkubatorangeboten sowie Wagniskapital, um gezielt neue digitale und
258 nachhaltige Geschäftsmodelle in Bremen anzusiedeln. Denn es sind aktuell
259 die neuen, wissensgetriebenen Unternehmen, die bei der Entwicklung
260 klimafreundlicher Geschäftsmodelle, durch Digitalisierung und im Bereich

261 der Kreislaufwirtschaft für Dynamik sorgen und die Arbeitsplätze von
262 morgen schaffen. Die Hochschulen und Forschungsinstitute unserer beiden
263 Städte sollen aktiv in dieses Programm eingebunden werden.

- 264 • neue Gewerbegebiete im Land Bremen sollten einen klaren Fokus auf
265 klimafreundliche Technologien und Arbeitsweisen nach dem Vorbild des
266 Gewerbegebiets Luneplate in Bremerhaven legen. Eine Bestärkung der
267 Windkraftbranche in Bremen bedeutet auch, Werbe und Windkraftanlagen
268 miteinander in Einklang zu bringen.

T01 TO

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 07.07.2021
Tagesordnungspunkt: 1. Begrüßung und Formalia

Antragstext

- 1 TOP 1 Begrüßung und Formalia
- 2 TOP 2 Eine solidarische Klimapolitik ist möglich
- 3 TOP 3 Politische Aussprache
- 4 TOP 4 Anträge
- 5 TOP 5 Verschiedenes